

Hubertus Heil (Peine)

- (A) niert, nur weil am 9. Mai Landtagswahlen stattfinden werden. Wir werden Ihnen im Februar in diesem Haus einen Gesetzentwurf mit drei konkreten Maßnahmen und Vorschlägen vorlegen, und wir werden jeden Einzelnen von Ihnen in namentlicher Abstimmung befragen, wie Sie es damit halten. Erstens. Sind Sie bereit – das ist notwendig –, die Rechte der Betriebsräte zu stärken, was den Einsatz von Zeit- und Leiharbeit betrifft? Zweitens. Sie haben vorhin davon gesprochen, Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten Mindestlöhne tarifvertraglich festschreiben. D'accord, wo sie es können, aber es gibt ja bei der Zeit- und Leiharbeit einen Tarifvertrag. Warum sorgen Sie nicht für einen Mindestlohn im Bereich der Zeit- und Leiharbeitsbranche? Drittens. Die wichtigste Frage ist: Warum wehren Sie sich dagegen, den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Stamm- und Leihbelegschaften“ durchzusetzen? Ich verstehe es nicht; denn dies ist das wirksamste Instrument gegen den Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit. An diesem Punkt können Sie mithelfen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Sie selbst haben Abweichungen davon zugelassen! Sie waren es!)

– Herr Kolb, wenn Sie ein ähnliches Hörvermögen wie Schreivermögen hätten, hätten Sie eben vernommen – Sie können es im Protokoll nachlesen –, was der Hintergrund dieser Geschichte ist. Die Frage ist, wie wir jetzt damit umgehen und was Sie tun.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Elf Jahre hatten Sie Zeit!)

- (B) Frau von der Leyen, Arbeitsmarktpolitik ist das eine, Wirtschaftspolitik ist das andere. Wir werden nachher mit Herrn Brüderle noch darüber diskutieren. Unser zentraler Vorwurf ist nicht, dass wir im Hinblick darauf, dass es in der Analyse des letzten Jahres und auch des Beginns dieses Jahres noch ganz gut aussieht, einer Meinung sind. Das haben wir in der Großen Koalition gemeinsam gemacht, Frau Bundeskanzlerin. Unser Vorwurf ist, dass Sie diesen Pfad verlassen, dass Sie kein Konzept und keine Wachstumsstrategie, aber auch keine kohärente Vorstellung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik haben. Wer in Zeiten, in denen Langzeitarbeitslosigkeit wächst, Jobcenter zerschlagen will – ich sage es noch einmal –, der ist wirklich mit dem Klammerbeutel gepudert.

Dann gibt es noch etwas, was uns auch noch nicht so klar ist und was mit der Haushaltspolitik im unmittelbaren Sinne zu tun hat: Können Sie uns wirklich versichern, dass Sie den **Beitrag zur Arbeitslosenversicherung** dauerhaft, das heißt über die ganze Legislaturperiode, stabil halten? Ich habe gestern eine Zwischenfrage an Herrn Friedrich gestellt, der locker sagte: Natürlich, dagegen werden wir uns stemmen, das soll nicht über 3 Prozent steigen. – Aber mir fehlt eine klare Aussage in Ihrer Rede, Frau Ministerin. Was wird sich eigentlich nach dem 1. Januar 2011 im Bereich der Arbeitslosenversicherung entwickeln? Der Beitrag wird auf 3 Prozent steigen. Aber wir dürfen nicht ins Unendliche gehen. Ich warne Sie davor, die aktive Arbeitsmarktpolitik oder den Arbeitslosenversicherungsbeitrag als Steinbruch zu neh-

men, um Ihre Steuergeschenke für Wohlhabende und Ihre Klientelgruppen zu finanzieren. Das darf nicht sein. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Heil, Sie müssen auch gelegentlich auf die Endlichkeit Ihrer Redezeit achten.

Hubertus Heil (Peine) (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Es ginge zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, was die Umverteilungswirkung betrifft. Aber es ginge vor allen Dingen zulasten von ordentlicher Arbeit.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ordentliche Arbeit müssen Sie erst mal machen!)

Das dürfen Sie nicht zulassen. Dazu muss endlich ein klares Wort gesagt werden. Kehren Sie um, Frau von der Leyen!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Dr. Claudia Winterstein ist die nächste Rednerin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Claudia Winterstein (FDP): (D)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Heil, Ihrer Rede hat man wirklich angemerkt, dass die SPD keine Regierungsverantwortung mehr für die Zukunft dieses Landes trägt, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sehr wohl aber tragen Sie die Verantwortung für Fehlentscheidungen und Versäumnisse der vergangenen Jahre. Ich weiß, dass Sie davon nichts mehr wissen wollen, Herr Heil. Ich erinnere aber daran: Ohne Wirtschaftskrise bei sprudelnden Steuermehreinnahmen und der größten Steuererhöhung aller Zeiten haben Sie den Haushalt und den Schuldenberg stetig wachsen lassen und damit die Chancen zur Konsolidierung verpasst.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unter SPD-Finanzministern ist der Schuldenberg in den letzten elf Jahren um 300 Milliarden Euro gewachsen.

Zu Ihrem Redebeitrag wäre vieles zu sagen, Herr Heil, allerdings nichts Gutes.

(Joachim Poß [SPD]: Was gibt's denn da zu kritisieren? Nennen Sie mal ein Beispiel!)

Das will ich Ihnen und mir ersparen. Teilweise hatte ich bei Ihrer Rede das Gefühl, das grenzte schon an partielle Amnesie.

Dr. Claudia Winterstein

(A) (Beifall bei der FDP – Anette Kramme [SPD]:
Ohne Substanz!)

Der Haushalt 2010 entsteht also unter sehr schwierigen Bedingungen. Trotzdem gibt es für das Jahr 2010 die positive Nachricht, dass der Einzelplan mit einem deutlich geringeren Ansatz, nämlich 6,3 Milliarden Euro weniger, auskommt, als noch unter Finanzminister Steinbrück für 2010 geplant.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Hört, hört!)

Dieser Einzelplan hat somit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass es uns gelungen ist, gleich zu Beginn unserer Regierungszeit Steuersenkungen durchzuführen und zugleich die von Steinbrück ursprünglich geplante Neuverschuldung sogar etwas geringer zu halten.

Ich will auf einige wichtige Themen eingehen, die unsere Arbeit in diesem ersten Regierungsjahr bestimmen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat die derzeitige **Struktur der Arbeitsgemeinschaften** verworfen. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf. Unter SPD-Arbeitsministern hat es allerdings keine Lösung gegeben; das muss man ganz deutlich sagen.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Das ist doch ein Witz!)

Die neue Regierung wird nun eine Lösung vorlegen. Die Ministerin hat einen entsprechenden Gesetzentwurf angekündigt.

Allen Vorschlägen der SPD liegt eine Änderung der Verfassung zugrunde. Das wollen wir nicht.

(B) (Anette Kramme [SPD]: Aus nichtigen
Gründen!)

Insofern sind sie keine Lösung des Problems.

Ich möchte noch auf einen anderen Teilaspekt dieser Gesetzgebung eingehen. Das Modell der **Optionskommunen** hat sich bewährt. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Optionskommunen ihre Aufgabe unbefristet wahrnehmen können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Wir werden prüfen, ob wir nicht sogar einen Schritt weiter gehen und die Möglichkeit schaffen können, die Anzahl der Optionskommunen zu erhöhen, wenn dies gewünscht wird.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Ohne Verfassungsänderung geht das nicht!)

Hierfür muss ein rechtssicherer Weg ohne Verfassungsänderung gefunden werden.

(Anton Schaaf [SPD]: Den finden Sie aber nicht!)

Änderungen bei **Hartz IV** sind derzeit ein großes Thema und in der Tat sehr notwendig. In der Koalition gibt es dazu klare Verabredungen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein Sicherheitsnetz, das zugleich dazu anregen soll, dieses Netz wieder zu verlassen und sich finanziell wieder auf eigene Füße zu stellen. Es gibt

aber Fallstricke im System, die das Verlassen des Netzes eher behindern als fördern. Das betrifft vor allen Dingen die Hinzuverdienstregelungen. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag festgelegt, die Hinzuverdienstregelungen deutlich zu verbessern. Es muss sich lohnen, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen. Nur so können wir auch die Sozialkassen entlasten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Eine zweite wichtige Änderung bei Hartz IV hat die Koalition bereits auf den Weg gebracht. Mit dem Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz verdreifachen wir die Freibeträge für die Altersvorsorge in der Grundsicherung für Arbeitsuchende von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr. Das erhöht den Anreiz für die private Altersvorsorge.

In diesem Gesetz gibt es eine weitere Regelung, die sich direkt im Haushalt des Arbeitsministeriums für 2010 niederschlägt. Die **Bundesagentur für Arbeit** hat nach erheblichen Beitragssenkungen, aber auch nach jahrelangen massiven Leistungs- und Personalausweitungen in diesem Jahr ein Defizit in Milliardenhöhe zu erwarten. Damit das Defizit nicht zu deutlichen Beitragserhöhungen führt, erhält die Bundesagentur für Arbeit, wie gesagt wurde, vom Bund einen Zuschuss in Höhe von circa 16 Milliarden Euro, vielleicht auch etwas weniger. Aber die Bundesagentur für Arbeit muss sich darüber im Klaren sein, dass dieser Zuschuss nur eine einmalige Maßnahme ist und sie ab dem folgenden Haushaltsjahr selbstverständlich nur mit Darlehen rechnen kann.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Rechentricks! – Weitere Zurufe von den Grünen: Aha!)

– Das ist doch klar. – Deshalb ist es wichtig, die Ausgaben in den Griff zu bekommen.

Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, Aufgaben und Strukturen der Bundesagentur für Arbeit einer Kritik zu unterziehen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das darf man doch erst im Juni sagen!)

Die Arbeitsmarktinstrumente der Arbeitsverwaltung müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Wir wollen die Vielzahl der Arbeitsmarktinstrumente deutlich reduzieren, effizienter gestalten und damit natürlich auch Kosten sparen. Es gab bereits unter der Vorgängerregierung den Versuch einer Neuordnung, allerdings mit der klaren Absicht, an der Höhe der Ausgaben ja nichts zu verändern. Das wollen wir anders machen. Wenn wir einen Anstieg des Beitragssatzes vermeiden wollen – das wollen wir natürlich –, dann führt an der strikten Begrenzung der Ausgaben kein Weg vorbei.

Ab 2011 müssen wir die Vorgaben der **Schuldenbremse** einhalten. Das heißt, wir müssen erhebliche Sparbemühungen unternehmen. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag die goldenen Regeln verankert, nach denen alle staatlichen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit überprüft werden müssen und alle Ministerien ihren Bei-

Dr. Claudia Winterstein

- (A) trag zur Eindämmung der Ausgaben erbringen müssen. Der Einzelplan 11 ist mit 147 Milliarden Euro der größte Etat im gesamten Bundeshaushalt und muss somit zu den notwendigen Einsparungen ab 2011 einen erheblichen Beitrag erbringen.

Im Haushalt 2010 halten sich die Möglichkeiten, Einsparungen zu verwirklichen, noch in engen Grenzen. Es ist aber jetzt unsere Aufgabe, Einsparungen im Jahr 2011 den Boden zu bereiten. Wir werden im Jahr 2010 die im Koalitionsvertrag beschlossenen Prüfaufträge zügig bearbeiten, um im Jahr 2011 aufgrund der Ergebnisse zu Umstrukturierungen und mehr Effizienz zu kommen. Wir werden ebenso aufgrund der bereits vorliegenden Istergebnisse des Haushaltes 2009 – das ist der Vorteil dieses Haushaltsentwurfs – sehr genau prüfen, ob höhere Ansätze für das Jahr 2010 überhaupt gerechtfertigt sind. Wir wollen beim Eingliederungsbudget ein deutliches Stoppsignal setzen. Einen weiteren Aufwuchs in diesem Bereich soll es nicht geben. Wir werden außerdem sehr genau darauf achten, inwieweit es verantwortbar ist, neue Projekte ins Leben zu rufen, die uns für mehrere Jahre finanziell binden. Außerdem muss sorgfältig geprüft werden, in welcher Form und Höhe laufende Projekte weitergeführt werden können.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Winterstein!

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

- (B) Mit dem Haushalt 2010 leiten wir somit eine klare Trendwende ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Gesine Löttsch für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 3. Oktober 2004 erschien eine ganzseitige Anzeige in der *Süddeutschen Zeitung* mit der Überschrift „Auch wir sind das Volk“. Ich zitiere daraus:

Die unter dem Angst machenden und abschreckenden Schlagwort Hartz IV beschlossenen Änderungen in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind überlebensnotwendig für den Standort Deutschland.

Weiter heißt es:

Jetzt hilft nur noch ein radikaler Kurswechsel. Solche Einschnitte tun weh wie alle schweren Operationen ...

Aber den in Geld schwimmenden Unterzeichnern dieser Anzeige haben die Reformen nicht wehgetan. Unter ihnen ist zum Beispiel der ehemalige Vorstandschef der WestLB, Dr. Thomas Fischer. Er hat den Steuerzahlern mit der WestLB einen der größten Bankensanierungsfälle

der Bundesrepublik hinterlassen. Martin Kohlhausen war Vorstand und Aufsichtsrat der Commerzbank, der Bank, die vom Staat über 18 Milliarden Euro erhalten hat, damit sie nicht in Konkurs gehen musste. Auch sein Name steht unter dieser zynischen Anzeige. Dr. Thomas Middelhoff, damaliger Aufsichtsrat der KarstadtQuelle AG, hat ein Traditionsunternehmen ruiniert und Tausende Verkäuferinnen in die Arbeitslosigkeit entlassen. Auch er hat diese Schmähschrift unterschrieben. Der eigentliche Skandal aber ist, dass keiner von diesen Managern um sein Schonvermögen und seine Rente fürchten muss. Keiner von ihnen ist auf das demütigende Hartz IV angewiesen. Ich fordere die Bundesregierung auf, diese Menschen endlich zur Verantwortung zu ziehen, statt Hartz-IV-Empfänger zu drangsalieren. Dass Sie das nicht tun, ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Laut Haushaltsentwurf sollen für Sozialausgaben insgesamt mehr als 176 Milliarden Euro ausgegeben werden; Herr Schäuble hat das am Dienstag dargestellt. Das betrachtet diese Regierung als Ausweis ihrer sozialen Politik. Ich sage: Genau das Gegenteil ist der Fall. Diese extrem hohen Ausgaben sind ein Warnsignal. Diese Regierung treibt wie ihre Vorgängerin die **Sozialversicherungssysteme** systematisch in den Ruin. Das muss beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Menschen mit hohem Einkommen zahlen überdurchschnittlich wenig in die Systeme ein. Wir als Linke halten es für unerträglich, dass die Sekretärin von Deutsche-Bank-Chef Ackermann genauso viel in die Versicherungssysteme einzahlt wie der Chef, der mehr als das Tausendfache des Gehalts der Sekretärin erhält. Wir als Linke fordern darum die sofortige Anhebung der Bemessungsgrenzen und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bundeshaushalt wird von Ihnen auch ruiniert, weil Sie den Unternehmen jedes Jahr Lohnsubventionen von über 9 Milliarden Euro in die Taschen stecken. Sie haben einen **Niedriglohnssektor** geschaffen, der ehrlich arbeitende Menschen zwingt, als Aufstocker beim Arbeitsamt um Almosen zu bitten. Das ist nicht Ausdruck sozialer, sondern Ausdruck unsozialer Politik.

Ich erwarte von der Bundesministerin Frau von der Leyen, dass sie sinnvolle Projekte unterstützt und nicht torpediert. Heute haben wir in allen Zeitungen gelesen, dass der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor in Berlin, der ein vorbildliches Modell ist und mit dem Menschen in würdige Arbeit gebracht werden, durch Entscheidungen Ihres Ministeriums gefährdet und torpediert werden soll. Ich fordere Sie auf: Nutzen wir die Haushaltsberatungen, um diese fatale Entwicklung umzukehren! Unterstützen Sie das Bundesland Berlin und drangsalieren Sie es nicht!

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist schon angesprochen worden, dass die Bundesregierung Milliarden von Euro in die Rentenversiche-